

# Volks-Zeitung

## Süßk Bülow M. d. R.

M. d. R. soll nicht Major der Reserve heißen. Vielmehr hat man in den letzten Tagen in einigen Zeitungen die Frage erörtert, ob Süßk Bülow in dem durch Herrn Schaf freigeordneten Reichstagswahlkreise nicht als Kandidat auftreten könnte. Wir haben uns an der Debatte darüber, ob Süßk Bülow Lust hätte, Mitglied des Reichstages zu werden, nicht beteiligt, weil wir nicht einen Augenblick daran zweifeln, daß Süßk Bülow politisch hinreichend mide ist, um den Kampf um das Mandat andern zu überlassen. Zwar hätte sich Bismarck nach seinem Sturze in den Reichstag wählen lassen, aber wenn dem Fürsten Bülow ein Mandat zufiele, so würde er im Gegensatz zu Bismarck die Gewissenhaftigkeit besitzen, es auszuüben (Bismarck ist während der Dauer seines Mandats nicht ein einziges Mal im Reichstage erschienen). Und er hat ein Recht darauf, einzuweisen auszurufen.

Wenn man bei dieser Gelegenheit die Frage aufgeworfen und die Antwort darauf für schwierig gehalten hat, welcher Partei sich Süßk Bülow als M. d. R. wohl würde anschließen können, so läge die Sache für ihn unersetzlich außerordentlich einfach. Für ihn würde nur die freisinnige Volkspartei in Frage kommen können. Der meisten Mitglieder der Fraktion hat er Titel und Orden reichlich, aber Herr Köplich ist um den wohlverdienten Orden der Inhaber des Kaisersdorns der Hohenzollern gekommen, weil die Konventionen den Kanzler grausamerweise gestrichelt haben, ohne Süßk Bülow diese Dankegeschuld des Vaterlandes an Herrn Köplich abtragen konnte). Die Herren in der Fraktion würden ihren Gönner und Wohlthäter also in aufrichtiger Dankbarkeit mit offenen Armen empfangen haben. Das Programm der freisinnigen Volkspartei, an dem der Agrarier Bülow vielleicht hätte Anstoß nehmen können, wäre kein Hindernis für die Fraktionsgemeinschaft gewesen; denn die staatsmännische Weisheit der Parteimitglieder hat längst entschieden, daß sich das Programm überlebt hat und gänzlich überflüssig geworden ist insofern, als es den Umständen nach im Interesse der „praktischen Politik“ jeden Augenblick abzuändern ist, darf, soll und muß. Wollten doch auch die Freisinnigen im Reichstage trotz des Programms schlanke 400 Millionen Mark indirekter Steuern bewilligen! Da die „staatsmännische“ Politik der gegenwärtigen offiziellen Vertreter des Freisinn nach dem Mege betrieben wird: liberale Worte, reaktionäre Taten, so würde heute sogar jeder Freisinnervative sich in den freisinnig-volksparteilichen Fraktionsrahmen harmonisch einfügen können.

Inzwischen ist die „Kandidatur Bülow“ erledigt. Der freisinnigen Volkspartei wird ein weiterer Zuwachs an einer reaktionären Kraft unter liberaler Maske aus Anlaß des Schicksals nicht erlöschen. Aber der Freisinn der Richtung Fischel, Biemer, Köplich geht auch zu seinem Untergange schuell, aber sicher entgegen. Denn jede Schuld trägt sich auf Erden. Die Ältern über die Kandidatur Bülows für den Reichstag aber sind für uns geschlossen in dem Moment, da wir sie aufgeschlagen.

\*\*\*

Süßk Bülow erwiderte auf die Anfrage, ob er das Eisenrad Reichstagsmandat übernehmen würde, telegraphisch aus Nordbarch: „Ich würde die Kandidatur nicht annehmen und bitte von einer solchen abzuheben. Nachdem ich meine Memorie niedergelegt habe, wünsche ich politisch nicht mehr in die Öffentlichkeit zu treten. Süßk Bülow.“

Das war zu erwarten.

## Zum „Skandal von Halle“

wird uns von gut unterrichteter Seite geschrieben: Der plötzliche Tod des Abgeordneten Schmidt brachte die liberalen Führer in Halle in die größte Verlegenheit. Woher einen Kandidaten nehmen, der die Stimmen aller bürgerlichen Wähler auf sich vereinen und dadurch das Eisenrad erhalten könnte? Die Unterführung des einzigen jüdischen Führers, der überhaupt in Betracht kam, des Rechtsanwalts Herzfeld, wurde von den Konzeptionen seiner jüdischen Konfession wegen von vornherein abgelehnt. Der frühere Abgeordnete Goldschmidt, Vorsitzender des Verbandes der deutschen Gewerksvereine, sollte kandidieren; er erklärte sich auch sofort zur Übernahme der Reichstagskandidatur bereit und wollte auch zugleich das Landtagsmandat übernehmen! Die Mitglieder der jüdischen Gewerksvereine sollten die Kandidatur unterstützen. Sie lehnten dies aber ab mit der sie in jeder Beziehung ehrenden Begründung: sie wollten nicht, daß der Führer einer Arbeiterorganisation mit Hilfe des Reichsverbandes zur Beförderung der Sozialdemokratie gewählt werde. Herr Goldschmidt wurde also abgelehnt. Er gab sich aber noch nicht zufrieden (hält er sich für unentbehrlich im Reichstags) und im Landtage) und ergriff selbst zu einer Vernehmung, in der das Eintreten für seine Kandidatur abgelehnt wurde. Verwirrt wurde ihm dieses Mißgeschick durch das ihm seitens der Parteileitung der freisinnigen Volkspartei gegebene Versprechen, ihm für die nächsten allgemeinen

Wahlen einen schlesischen Wahlkreis zu verschaffen. (Hält auch die Parteileitung Herrn Goldschmidt für unentbehrlich im Reichstage und Landtage? Denn wie es heißt, soll Herr Goldschmidt in Berlin wiederum als Landtagskandidat auftreten). Dafür sollten aber die Halleischen Gewerksvereiner den nennhundert aus der Vernehmung auftauchenden Herrn Reimann unterstützen. Die Halleische Lehrerschaft, die sonst den größten Teil der Wahlarbeit für den Freisinn geleistet hatte, lehnte, wie in der Berliner Volks-Zeitung schon berichtet worden ist, die Kandidatur Reimann (mit den wichtigsten Gründen) ab. Herr Reimann ist ein Halleischer „kommunalfreundlicher“ von reinstem Wasser).

Nur die Jungliberalen wollten nicht mitmachen. Sie wurden dadurch berührt, daß man ihnen das zweite Landtagsmandat abtrat, so daß der Halleische Wahlkreis anstatt durch einen Nationalliberalen und einen Volksparteier in Zukunft durch zwei Nationalliberale, neben dem bisherigen Abgeordneten Justizrat Dr. Reil noch durch den Oberverwaltungs-Rat, vertreten sein würde. Nun ersehen in der „Eggenwart“ der Artikel von Dr. Reil über den „Skandal von Halle“, die Reiz es der bürgerlichen Halleischen Mütter hat auch nur eine Zeile über diesen Artikel gebracht! (Was sollten sie auch dagegen sagen? Zu widerlegen war der Artikel nicht!)

Seit dem Juli hat der Verein der Liberalen auch nicht eine einzige Verammlung abgehalten: eine öffentliche Versammlung am 10. September, in der sich Herr Reimann den Wählern vorstellen und Herr Dr. Biemer einen Vortrag halten sollte, wurde abgelehnt; bisher hat man nichts wieder davon gehört. Es wird alles in geheimen Konversationen verhandelt.

So kann man denn schon heute ziemlich sicher prophezeien, daß der Wahlkreis wieder an die Sozialdemokraten verloren geht, und damit hat dann der Freisinn — im Reichstage und im Landtag nicht vertreten — auch in Halle aus-  
\* \* \*

Man braucht darüber nicht unglücklich zu sein. Dieser Freisinn (Coulcur Fischel-Bierner-Köplich) hat kein anderes Schicksal verdient, als an die Wand gedrückt zu werden! Es ist sogar noch als ein Zeichen von aufwallender Selbsterkennnis anzusehen, daß die Parteileitung bereits die Pläne ins Korn geworfen hat und die die Reimannsche Kandidatur allmählich in Vergessenheit zu bringen sucht. Die Halleischen Lehrer werden sich am wirklichen Liberalismus auch schwerste verständigen, wenn sie für einen Günstling des Halleischen „kommunalfreundlichen“ auch nur einen Finger rühren. Diesen „kommunalfreundlichen“ des Herrn Haules meint die „Pädagogische Zeitung“, wenn sie in Briefkasten ihrer Nummer von 9. d. M. sagt: „Leider Gottes, gibt es immer noch Lehrer, die für „Freisinnige“ jeden Raibers durch Däa und Dämm gehen.“ Und nun sollen sie sich für einen Herrn Reimann aus Berlin begeistern!

## Freiherr v. Camp,

der bekannte freisinnig-conservative Reichstagsabgeordnete, hat dieser Tage ein Millionengut fälschlich erworben. Das etwa 60 Tufen große Gut Omsdorf ist in seinen Besitz übergegangen. Der Kaufpreis beträgt rund 1,000,000 Mark. Damit rückt Freiherr v. Camp in die Reihe der größten Grundbesitzer in Ostpreußen.

Freiherr v. Camp ist Mitinhaber des Bayerischen Fachwerkes in Aachen, die alljährlich einen Millionengewinn abwerfen. Nachdem er seine Wohnung in Aachen in Westpreußen zu einem Majorat gemacht hat, ist ihm von Könige von Preußen der Freiherrstitel verliehen worden. Wie man sieht, ist er jetzt besonders darauf bedacht, seinen Latitudinismus zu vergrößern. Die Tatsache, daß er seinen großen Reichtum der ererbten oder ererbterten Beteiligung an einem in industriellen Unternehmen verbunden, hindert ihn nicht, sich als wahrer Agrarier zu bezeichnen und der agrarischen Agitation in jeder Beziehung Vorschub zu leisten.

## Sonderbare Schwärmer.

Der Frankfurter Demokratische Verein sah am Montag nach Vorträgen des Redaktionsbürgers und des Professors Dr. Heinrich Köplich einstimmig folgende Resolution:

Der Frankfurter Demokratische Verein erklärt sich grundsätzlich für die Verschmelzung der drei links-liberalen Parteien (Freisinnige Volkspartei, Freisinnige Vereinigung und Deutsche Volkspartei). Es geht dabei von der Voraussetzung aus, daß durch diese Verschmelzung die Werte und Aktionskraft der Demokratie gestärkt, das unter Zusammenfassung aller freiwilligen Richtungen der Kampf gegen die reaktionären Parteien energischer geführt und damit eine fortschrittliche Entwicklung im Reich wie in den Bundesstaaten möglich gemacht wird. Unter diesen Voraussetzungen stellt sich der Frankfurter Demokratische Verein grundsätzlich auf den Boden der Frankfurter Beschlüsse des westlichen Ausschusses der Deutschen Volkspartei und beantragt seine Delegierten auf dem Parteitag, demgemäß Stellung zu nehmen.

Mit wenigen Stimmen Mehrheit wurde noch ein Zusatzantrag angenommen, wonach es als wünschenswert bezeichnet wird, daß auch die Demokratische Vereinigung (Gruppe Barth) in den Verschmelzungsprozeß einbezogen werde. Wie man in anderen demokratischen Kreisen über die Einigungschwärmerie denkt, hat man erst am Sonntag auf der Zusammenkunft der Bayerischen Volkspartei in Aachen gesehen. Wir halten die Resolution des Frankfurter Vereins für reichlich abertill. Die Herren scheinen von dem verderblichen Wirken der freisinnigen Partei-  
\* \* \*

## Aus dem Kaisermanöver.

Nach Merantheim wird gemeldet: Man stand gestern abend mit der Front nach Norden in einer Linie gegenüber, oberhalb des 1. Korps, Bogern, württembergische 26. und 27. Division, und etwas nach Süden abfallend bei Werchingen das Kavalleriekorps. Von Rot steht die 5. Division bei Günsfeld, südlich Tauberbischofsheim, und anschließend nach Westen die 6. und 4. Division, die Kavalleriedivision A am rechten Flügel bei Eberstadt. Die übrigen Teile der Rot sind noch im Marsch begriffen. Weiter rechts wird berichtet, daß der Kommandant des bayerischen 1. Korps in Marschordnung steht und vorwärts bis zum letzten dem 20. Regiment; auch die Kolonnen waren in bester Verfassung, gut bespannt und diszipliniert. Der Kaiser und der Erzherzog-Thronfolger Franz Ferdinand begaben sich heute früh 6 1/2 Uhr ins Manövergelände.

## Ein Unfall in der französischen Marine

wird wiederum aus London gemeldet. Am Bord des Kreuzers „Descares“ wurde infolge eines Bruchs eines Dampfbores ein Matrose getötet und ein anderer lebensgefährlich verletzt.

## Eine spanische Niederlage.

Wie aus Oren gemeldet wird, sind in Ibbada aus dem Rifgebiet Nachrichten eingetroffen, nach denen die spanischen Truppen am 9. September bei Suf el Araba im Abdanagebiet eine Schlacht erlitten haben und zum Rückzug gezwungen worden sind.

Konstantinopel, 14. September. Der Gemischte Rat des armenischen Patriarchats beriet heute über die fernere Stellungnahme gegenüber der türkischen Regierung und beschloß, eine Deputation nach Patriarchen zu senden, um mit diesem über die Demission beider Patriarchen Beschluß zu fassen. In den letzten Tagen sind hier und in der Provinz zahlreiche Armenier als Freiwillige in das türkische Heer eingestuft worden.

Zanger, 15. September. Der Sultan Muley Hatid wird sich durch eine Sonderdelegation bei der Wilson-Wilson-Gedenkfeste in New-York vertreten lassen. Reichsminister El Morit hat den Auftrag erhalten, sich nach Europa zu begeben und hier Waffen einzukaufen. Zu diesem Zwecke sind ihm 200,000 Tunes zur Verfügung gestellt worden.

## Sozialdemokratischer Parteitag.

3. Verhandlungstag.  
(Telegraphischer Bericht.)

Leipzig, 15. September.

In der heutigen dritten Sitzung wurde die Debatte über die parlamentarische Tätigkeit fortgesetzt. Es folgte sofort wieder eine lebhafte Debatte um die Stellung der Reichstagsfraktion zur Erbschaftsteuer.

Reichstagsabgeordneter Richard Fischel (Berlin): Die sogenannten Reichsfraktionen, denen man nachsicht, daß sie in bezug auf die Durchführung der Programmforderungen nicht ganz hinreizen, sind in der glücklichen Lage, sich für ihren Standpunkt auf das Programm stützen zu können, und die anderen müssen, wenn sie das Programm für sich in Anspruch nehmen, das Programm erst definieren und kommentieren. Eine besondere Entwicklung hat

## Das Zentralorgan der Partei

genommen. Im Gegensatz zu der bisherigen Haltung nimmt es nun mitteilbar vor dem Parteitag eine Frontänderung vor und eröffnet diese Frontänderung mit einer Kanonade auf den Parteivorstand und die Fraktion. Die scharfste in dem Wortwitz abteilt, daß noch niemals in einer schwierigen Situation Parteivorstand und Fraktion dummer, feiger und unfähiger gewesen seien. (Schelte Zustimmung bei den Reichsfraktionen.) Es mag ein Vorgang der großen Art sein, die in unserer Partei schlummert, daß wir derartige ertragen können. Ob es aber unter Ansehen als größte politische Partei im Reich steht, und ob es ein Zeichen von politischer Reife ist, darüber kann man geteilter Meinung sein. (Schelte Zustimmung. Herr Frank ruf: Wer hat das schon auch geschrieben?) Daß es die Redaktion nicht geschrieben hat, weiß ich, aber wenn es auch nur Kaschil schrieb, ist das nicht ganz gleichgültig. Das Wesen liegt für mich darin, daß das Zentralorgan solchen Artikel annehmen kann. Es ist nicht gleichgültig, ob irgendein X oder Y solchen Artikel schreibt, aber im Zentralorgan nimmt er sich aus offizielle Stellungnahme der Partei. Wenn das Wort Zentralorgan einen Sinn haben soll (Sinn: Kann es einen Sinn?), so muß denn in ihm die Zentralaufstellung zum Ausdruck kommen. Deshalb haben wir allen Grund, gegen solche Artikel, wenn sie unmittelbar vor Zusammentritt des Parteitanes erscheinen, Stellung zu nehmen. (Sehr richtig!) Wenn der Artikel noch dazu

## von einem Ausländer stammt,

so muß ich sagen, ich würde mir nicht anmaßen, bei aller Hochachtung vor der Internationalität, über die belagerten oder französischen Reichsfraktionen zu urteilen. (Beifall bei Beifall.) Es ist uns vorgekommen, und wir seien nicht wichtig genug gegen den Reichstag vorzugehen, und wir seien nicht wichtig genug gegen den Reichstag gewesen, die von es ist weiter gesagt worden, es gibt mir wenigstens bedient worden seien. Es wäre Mühselig bemerken, einen Ueberlieferungsstellen, das nicht zu den Größtenheiten der Partei gehört. Darin ist der Parteivorstand und die Fraktion, sondern alle Verantwortlich gemacht werden nicht die Fraktion. Darin ist der Parteivorstand, die Partei, unter der wir hätten agieren müssen, Partei stehen. Die Partei, unter der wir hätten agieren müssen, hätte sein müssen: Gegen die 400 Millionen Reichsfraktionen. Das steht im Zentralorgan der Partei. Ich frage, war denn während der ganzen Zeit der Vorwärts nicht in der Lage zu konstatieren, daß wir Tausende von Versammlungen abgehalten hätten, daß die Mitglieder verbreitet haben ausschließlich unter dem Gesichtspunkt: gegen den Raubzug der Reichstagsmehrheit? (Sehr richtig!) Wie haben getan, was wir nun tunen, unter der Frage mit demselben: Wie der Parteilich solche Dinge unüberproben hinterfragen? (Sehr richtig!) Wie der Reichsfraktionen. Das wäre ein Verbrechen an der Partei, wenn dieser politische

Unverstand, Doktrinarismus und Fanatismus nicht zurückgewiesen würde. (Beifall bei Beifall.) In den Reichsfraktionen, Unverstand bei den Reichsfraktionen. Nichts allerdings will ja Steuern selbst dann nicht bewilligen, wenn es unsere Grundfragen entpricht.